



# Griechische Gewerkschaften und die Krise

Ein wichtiger Akteur unter Druck

**ZOE LANARA**  
März 2012

- Griechenland hat in den vergangenen Jahren ein beispielloses wirtschaftliches Anpassungsprogramm durchlaufen, das besonders Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schwer getroffen hat.
- Die Aussichten auf eine wirtschaftliche Erholung des Landes wurden trotz hoher Kosten für das Sozialwesen und die Bürger nicht besser. Die negativen Folgen sind auf dem Arbeitsmarkt deutlich spürbar und an der Verschlechterung der sozialen Lage ablesbar.
- Die gegenwärtige Situation ist eine schwere Belastungsprobe für die soziale Kohäsion und konfrontiert die griechischen Gewerkschaften und ihre Arbeit mit immer größeren Herausforderungen und Widrigkeiten.
- Die Reformen unterminieren die Arbeit der Gewerkschaftsorganisationen und greifen die Kohärenz der kollektiven Repräsentation an. Außerdem stehen die Arbeitnehmer und Gewerkschaften auf einem fragmentierten und von prekären und flexiblen Beschäftigungsverhältnissen geprägten Arbeitsmarkt im ungleichen Kampf gegen Arbeitgeber, deren Rechte übermäßig gestärkt wurden.





## Inhalt

<b>1. Einleitung</b> .....	<b>3</b>
<b>2. Eine Politik der wirtschaftlichen Anpassung: Hintergrund und Philosophie</b> .....	<b>3</b>
<b>3. Anpassung durch Rezession: ein Teufelskreis</b> .....	<b>4</b>
<b>4. Entmachtung der Arbeitnehmer – Abbau der Arbeitsbeziehungen</b> .....	<b>5</b>
4.1 Arbeitslosigkeit .....	5
4.2 Wirtschaftliche und soziale Entmachtung .....	6
4.2.1 Wer zahlt für die Krise? Wirtschaftliche Auswirkungen auf die Arbeitnehmer	6
4.2.2 Armut und soziale Ausgrenzung .....	7
4.3 Institutionelle Entmachtung: Angriff auf arbeitsrechtliche Institutionen .....	8
<b>5. Gegen den Strom: Herausforderungen für die Gewerkschaften</b> .....	<b>10</b>
<b>6. Schlussbemerkung</b> .....	<b>11</b>
<b>Literatur</b> .....	<b>12</b>



## 1. Einleitung

Im Rahmen des wirtschaftlichen Anpassungsprogramms, welches wesentlicher Bestandteil des Kreditmechanismus von Internationalem Währungsfonds (IWF), Europäischer Union (EU) und Europäischer Zentralbank (EZB) ist, hat Griechenland finanzielle und strukturelle Anpassungsmaßnahmen in einem noch nie da gewesenen Ausmaß auf den Weg gebracht, die innerhalb eines extrem kurzen Zeitrahmens und in einem sehr schwierigen internationalen Kontext umgesetzt werden sollen. Das vereinbarte Programm geht mit strengen Bedingungen einher, deren Erfüllung Voraussetzung für die Auszahlung weiterer Kredittranchen ist. Schon die ersten Schritte zur Umsetzung des Programms lassen sehr negative Folgen für die Wirtschaft, den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft insgesamt erwarten, denn das Programm enthält unter anderem Maßnahmen, deren nachteilige Wirkungen auf die Beschäftigungssituation, auf Arbeitnehmerorganisationen und auf die soziale Situation bereits erkennbar sind. Zu nennen sind hier vor allem Entlassungen, das Einfrieren oder Kürzen von Löhnen, Gehältern und Renten, Einsparungen bei allen öffentlichen Ausgaben sowie Steuererhöhungen, Privatisierungen und strukturelle Anpassungen wie die radikale Umstrukturierung des Arbeitsmarktes und der Abbau von arbeitsrechtlichen Institutionen.

Die sozialen und wirtschaftlichen Konsequenzen dieser Sparpolitik bekommen Arbeitnehmer, Rentner und ehrliche Steuerzahler besonders hart zu spüren. Die Arbeitnehmer werden auf mehrfache Weise gewissermaßen ihrer Rechte beraubt:

- Der Verlust von Arbeitsplatz und Einkommen entzieht ihnen die finanzielle Grundlage, um den schwerwiegenden Folgen der Krise standzuhalten;
- der Verlust entscheidender sozialer und gewerkschaftlicher Rechte schwächt ihre institutionellen Möglichkeiten, sich gegen Ungerechtigkeiten zur Wehr zu setzen;
- auch die Nebeneffekte der Krise in Zusammenwirkung mit den Anpassungsmaßnahmen machen sich bemerkbar: Die Steuererhöhungen vermindern das zur Verfügung stehende Einkommen noch weiter und die drastischen Einschnitte bei den Sozialausgaben schränken den Zugang zu wichtigen Sozialleistungen ein, während die Lebenshaltungskosten unverändert hoch sind.

Die gegenwärtige Situation ist eine schwere Belastungsprobe für die soziale Kohäsion und konfrontiert auch die griechischen Gewerkschaften und ihre Arbeit mit immer größeren Herausforderungen und Widrigkeiten. Die bisherige Umsetzung des Anpassungsprogramms hat bereits zu einem quantitativen und qualitativen Rückschritt in den Industriellen Beziehungen geführt, mit dem die in zwei Jahrzehnten von den demokratischen Arbeitnehmervertretungen erkämpften Errungenschaften in dieser Sozialpartnerschaft zunichte gemacht werden.

## 2. Eine Politik der wirtschaftlichen Anpassung: Hintergrund und Philosophie

Griechenland war das erste Land in der Eurozone, das einen Kredit beantragte, um seinen steigenden Staatsschulden und seinem hohen Leistungsbilanzdefizit zu begegnen. Um sich einen Kredit über 110 Milliarden Euro von IWF, EU und der EZB<sup>1</sup> zu sichern, unterzeichnete Griechenland im Mai 2010 ein dreijähriges Memorandum, mit dem es sich zur Einführung von Wirtschafts- und Finanzmaßnahmen sowie strukturellen Reformen nach einem strengen, von den Kreditgebern kontrollierten Zeitplan verpflichtete. Als Voraussetzung für die Auszahlung von Kredittranchen musste die griechische Regierung gemäß einer Bedingungsklausel mehrere Runden strenger Sparprogramme verabschieden und umfassende Strukturmaßnahmen vornehmen.

Unter dem gewaltigen Druck der Finanzmärkte wurde Griechenland eine schonungslose Strategie zur finanziellen Anpassung auferlegt: Das Land soll in einem historisch beispiellosen Zeitrahmen und Umfang sein Defizit abbauen: 15,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zwischen 2010 und 2013.<sup>2</sup> Diese kaum einzuhaltenden Fristen und unrealistischen quantitativen Ziele wurden a priori ungeachtet der spezifischen Bedingungen der griechischen Wirtschaft und des soziopolitischen Kontextes des Landes festgesetzt. Griechenlands »Reformkapazität« und Mängel im politischen System (Featherstone 2011) wurden dabei ignoriert. Ebenso blieben endemische Schwachstellen der Wirtschaft unberücksichtigt, wie die schwache produktive Kapazität, die enorm große Schattenwirtschaft, Steuerhinterziehungen und der un-

1. Gemeinsam unter dem Namen »Troika« bekannt.

2. Für die ersten Jahre wurde ein höherer Defizitabbau veranschlagt: 7,5 Prozent des BIP im Jahr 2010, vier Prozent 2011 sowie jeweils zwei Prozent in den Jahren 2012 und 2013 (IWF 2010).

zureichende technologische Wandel in der Industrie beziehungsweise fehlende Innovationen.

Vergleichbar mit der Schuldenkrise der sogenannten »Dritten Welt« in den 1980er Jahren oder der Krise der asiatischen »Tigerstaaten« in den 1990er Jahren spiegelt sich in dem Griechenland auferlegten Plan die klassische Schocktherapie des IWF wider, die jetzt mit Hilfe der EU auch in der Eurozone angewandt wird. So zielen die in Griechenland eingeführten wirtschaftlichen Anpassungsmaßnahmen darauf ab, die Haushaltskonsolidierung hauptsächlich durch einen Sparkurs mit radikalen Kürzungen bei den Staatsausgaben und langfristigen Strukturmaßnahmen wie Steuerreformen zu erreichen, um das Haushaltsdefizit einzudämmen und die Staatseinnahmen zu erhöhen.

Ein dem Standardrezept des IWF (Easterly 2002, Stiglitz 2002) folgendes wirtschaftliches Anpassungsprogramm setzt auf ein exportorientiertes Wachstum, das von einer Währungsabwertung getragen wird. Da dies in einem Land der Eurozone technisch nicht möglich ist, wird Griechenland eine gnadenlose Politik der »internen Abwertung«/Deflation aufgezwungen, um die Wettbewerbsfähigkeit und die Exporte zu stärken, ungeachtet dessen, dass dieser Ansatz schon in der Vergangenheit immer wieder scheiterte, zu Rezessionen führte und auch soziopolitisch nicht vertretbar ist (Roubini 2011). Die Speerspitze dieser Deflationspolitik ist die Abwertung von Arbeit durch die rigorose Senkung von Arbeitskosten sowie die Deregulierung beziehungsweise Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, die mit direkten Lohnkürzungen und Maßnahmen zur Umstrukturierung der Arbeitsmarktinstitutionen einhergeht.

Mehrere aufeinanderfolgende »Rettungspakete« wurden als letztes Mittel zur Bewahrung Griechenlands vor dem Staatsbankrott dargestellt. Die damit einhergehenden Auflagen wurden samt und sonders in die griechische Gesetzgebung übernommen und ungeachtet der weitreichenden sozialen und politischen Implikationen ohne vorherige soziale Dialoge implementiert. Fragen des sozialen Zusammenhalts und Schutzes wurden nicht nur von den Gläubigern und Prüfungsinstanzen, sondern auch von den griechischen Gesetzgebern ignoriert.

### 3. Anpassung durch Rezession: ein Teufelskreis

Gemäß der Einschätzung des wirtschaftlichen Anpassungsprogramms wäre es für Griechenland vonnöten »to swim against the tide during adjustment« (Europäische Kommission 2010). Dem Land gelang es zwar, sein Haushaltsdefizit um fünf Prozent des BIP herunterzuschrauben, aber das Ergebnis nach den ersten 21 Monaten der Umsetzung der Maßnahmen offenbart, dass diese überstark negative Nebenwirkungen haben.

Das Programm hält Griechenland in einem Teufelskreis gefangen, da der strenge Sparkurs eine Wirtschaftskrise auslöst, der weitere Sparmaßnahmen, neue Steuern und eine tiefere Rezession folgen, die wiederum das Wirtschaftswachstum drosseln, die Schaffung von Arbeitsplätzen verhindern und den sozialen Zusammenhalt gefährden. Die in Griechenland umgesetzten Maßnahmen haben zu wirtschaftlichem Abschwung und Rezession geführt, was darauf hindeutet, dass das verordnete Heilmittel möglicherweise »mehr schadet als hilft« (Bordo und Schwartz 2000: 158), weil »aus Konjunkturrückgängen und aus Konjunkturrückgängen Wirtschaftskrisen werden« (Stiglitz 2000: 12). Nach fünf Jahren Wirtschaftskrise könnte der Griechenland auferlegte Maßnahmencocktail in der Tat in dem unerwünschten Rekord münden, die »steilste wirtschaftliche Talfahrt der Neuzeit« zur Folge zu haben (Reuters 2012).

Mit der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in Griechenland stiegen die Probleme bei der Umsetzung des wirtschaftlichen Anpassungsprogramms, weil die Staatseinnahmen erheblich hinter den Zielvorgaben zurückblieben und bei einigen Ausgabekategorien die empfohlenen Haushaltsobergrenzen überschritten wurden (Europäische Kommission 2011). Im Dezember 2011 wurde der starke Konjunkturrückgang im fünften Überprüfungsbericht des IWF bestätigt, wobei alle nicht erreichten Ziele aufgezählt wurden (IWF 2011). Mit sieben Prozent (EL.STAT 2012c) lag der Rückgang des BIP (seit Beginn der Krise insgesamt 16 Prozent) bei Weitem höher als die von der Regierung für 2011 vorhergesagten 5,5 Prozent und ist somit der höchste BIP-Rückgang in der Nachkriegsgeschichte (INE/GSEE 2011). Es wird erwartet, dass das Wachstum für einen längeren Zeitraum niedriger als das Durchschnittswachstums vor der Krise sein wird. Vor diesem Hintergrund ist selbst die bereits um 2,75 bis drei Prozent (IWF 2011) nach unten korri-

gierte Wachstumsvoraussage für 2012 vielleicht noch zu optimistisch.

Mit der Verschärfung der Rezession im Verlauf des Jahres 2011 verschlechterte sich auch die finanzielle Lage ganz erheblich. Der Liquiditäts- und Kapitalmangel brachte die Investitionen zum Erliegen und wirkte sich enorm auf die Binnennachfrage aus, die zwischen 2009 und 2011 um drastische 16,4 Prozent sank (IWF 2011). Im Privatsektor gerieten die Bilanzen unter Druck und die Firmenpleiten unter kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU), die bislang das Rückgrat der Wirtschaft bilden, erreichten epidemische Ausmaße: 2010 und 2011 wurden 68 000 KMUs vom Markt gedrängt und bei weiteren 53 000 steht die Betriebsschließung offenbar kurz bevor,<sup>3</sup> was schwerwiegende Folgen für die Situation der Beschäftigten hat. Der Industrieproduktionsindex lag im Dezember 2011 um 11,3 Prozent niedriger als im Vorjahresmonat (EL.STAT 2012b) und der Rückgang im Einzelhandelsvolumen um 8,9 Prozent im November 2011 im Vergleich zum November 2010 spiegelt die dramatische Konsumschwäche wider (EL.STAT 2012a). Im IWF-Bericht heißt es, dass sich der Druck auf das Bankwesen durch die Einlagenverluste und den Rückgang bei den Privatkrediten um ein Vielfaches erhöht habe (IWF 2011: 6).

Die Umsetzung des wirtschaftlichen Anpassungsprogramms zeigt deutlich, dass der Griechenland auferlegte Maßnahmencocktail den Problemen nicht entgegenwirkt, sondern das Land möglicherweise sogar vollends in den Ruin treibt. Unter anderem konnten die Staatsfinanzen nicht auf einen tragfähigen Kurs gebracht werden. Laut IWF-Bericht wird erwartet, dass die Staatsverschuldung 2013 mit 187 Prozent des BIP ihren Höchststand erreichen und bis 2020 auf 152 Prozent zurückgehen wird – beziehungsweise auf 120 Prozent, unter Einbeziehung der freiwilligen Beteiligung des Privatsektors<sup>4</sup> –, was die Sorgen über die Tragfähigkeit der Schuldensituation kaum mindert (IWF 2011: 6). Die Aussichten auf eine wirtschaftliche Erholung des Landes wurden trotz hoher Kosten für das Sozialwesen und die Bürger nicht besser. Die negativen Folgen sind auf dem Arbeitsmarkt deutlich spürbar und an der Verschlechterung der sozialen Lage ablesbar.

3. Das geht aus einer Umfrage des Griechischen Einzelhandelsverbands (ESEE) vom Dezember 2011 hervor.

4. Mit der freiwilligen Beteiligung des Privatsektors *Private Sector Involvement* (PSI) soll ein beträchtlicher Schuldenschnitt erreicht werden.

## 4. Entmachtung der Arbeitnehmer – Abbau der Arbeitsbeziehungen

In der gegenwärtigen Situation sind die griechischen Arbeitnehmer ernsthaft und unumkehrbar durch den Verlust von Einkommen und Arbeitsplätzen betroffen, was ihre Fähigkeit unterminiert, die Negativfolgen der Krise zu bewältigen. Darüber hinaus werden sie durch die Einbuße entscheidender sozialer und gewerkschaftlicher Rechte entmachtet, die auf den fortschreitenden Abbau von arbeitsrechtlichen Institutionen zurückzuführen ist. Das Absinken des Lebensstandards der Arbeitnehmer geht in der Tat mit einem ernst zu nehmenden Verlust an institutionellen Kapazitäten einher.

Die wirtschaftlichen Anpassungsmaßnahmen werden einem bereits zersplitterten Arbeitsmarkt auferlegt, der durch niedrigen Arbeitsplatzzuwachs, Unsicherheit, Lohngefälle, hohe Schwarzarbeitsquote, unzureichende Kontrollmechanismen, hohe Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen und Frauen sowie prekäre Arbeitsverhältnisse von Migranten geprägt ist. Zusammen mit einer ziemlich großen Schattenwirtschaft verschlimmern diese Faktoren die Negativfolgen der Anpassungsmaßnahmen auf die Situation der Beschäftigten und verschärfen die schon bestehenden Ungleichheiten.

### 4.1 Arbeitslosigkeit

Die rund fünf Millionen griechischen Arbeitnehmer liegen mit ihrer durchschnittlichen Arbeitszeit pro Jahr unter allen OECD-Ländern hinter Südkorea auf dem zweiten Platz. Griechenland wird jedoch gerade auf das Niveau der 1960er Jahre zurückgeworfen und steht vor einem Zusammenbruch des Arbeitsmarktes: Erstmals in der Nachkriegszeit übersteigt die Zahl der Nichterwerbstätigen die der Erwerbstätigen.

Mit der Rezession schnellte die Arbeitslosenrate in nie da gewesene Höhe: von 18,2 Prozent im Oktober 2011 auf 20,9 Prozent im November 2011 im Vergleich zu 13,9 Prozent im November 2010 (EL.STAT 2012b). Die Zahl der Erwerbstätigen betrug 3 901 269, die der Arbeitslosen 1 029 587 und die der wirtschaftlich Inaktiven 4 423 657 (Ebenda). Die reale Arbeitslosenquote wird auf 22 bis 23 Prozent geschätzt (INE/GSEE 2011).

Die Arbeitslosenrate hat sich in den drei Jahren von 2009 bis 2011 verdoppelt. Zwischen März 2008 und März 2011 erhöhte sich die Zahl der als arbeitslos Gemeldeten um 95 Prozent (INE/GSEE 2011). Besonders beunruhigend ist dabei die Arbeitslosenquote unter Jugendlichen, die bei 48 Prozent liegt. Auch bei den Frauen erreicht die Arbeitslosenrate mit 24,5 Prozent den höchsten Stand aller Zeiten gegenüber 18,3 Prozent bei den Männern. Das weist darauf hin, dass die Sparpolitik die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern verstärkt. Der griechische Ombudsmann berichtet über eine seit Mai 2008 ansteigende Zahl von Beschwerden über ungerechtfertigte Entlassungen aufgrund von Schwangerschaft oder Mutterschaftsurlaub sowie über eine Zunahme von sexuellen Belästigungen. Frauen, insbesondere Schwangere und Mütter, sind besonders betroffen von der Gesetzgebung, mit der eine Flexibilität am Arbeitsmarkt gefördert werden sollte und die in erster Linie Bestimmungen enthält, die es Arbeitgebern ermöglichen, Vollzeitverträge in stundenbasierte flexible Arbeitsverträge umzuwandeln (ILO 2011).

Die vom Parlament am 12. Februar 2012 eingeläutete Runde von Sparmaßnahmen sieht die Streichung von 150000 Arbeitsplätzen im öffentlichen Sektor vor. Bei der andauernden Rezession mit Unternehmensschließungen in Industrie und Handel und der Schwächung von Arbeitnehmerrechten besteht daher wenig Hoffnung auf eine Umkehr der Arbeitslosenzahlen in absehbarer Zeit.

## 4.2 Wirtschaftliche und soziale Entmachtung

Die Politik der internen Abwertung, die von den Gläubigern Griechenlands fälschlich als Voraussetzung für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und des Exports erachtet wurde, trifft in erster Linie Arbeitnehmer, Rentner und deren Familien: Mehrere drastische Lohn- und Rentenkürzungen zusammen mit einer erbarmungslosen Steuerwelle dezimierten das verfügbare Haushaltseinkommen, höhlten die Kaufkraft aus und drängten große Teile der Bevölkerung an den gesellschaftlichen Rand.

### 4.2.1 Wer zahlt für die Krise? Wirtschaftliche Auswirkungen auf die Arbeitnehmer

Das Ausmaß und die Geschwindigkeit der von Arbeitnehmern, Rentnern und deren Familien erlittenen wirtschaft-

lichen Entmachtung sind in der Nachkriegsgeschichte beispiellos.

Den neuesten Daten des griechischen Arbeitsministeriums zufolge ist im Verlauf der letzten beiden Jahre das Gesamtvolumen der Löhne und Gehälter um atemberaubende 9,2 Milliarden Euro gesunken (Griechisches Parlament 2012). Umgerechnet ist das eine durchschnittliche Einbuße von mindestens 1 500 Euro des Jahresverdienstes von Arbeitnehmern zum Jahresanfang 2012 gegenüber 2010. Die gesamten Lohn- und Gehaltskosten sind seit 2009 um 25 Prozent gesunken: von 36,1 Milliarden Euro für 2,74 Millionen Beschäftigte im Jahr 2009 auf 26,8 Milliarden Euro Anfang 2012. Die frischen Einschnitte kommen noch zu den vorangegangenen Sparmaßnahmen hinzu, denn zwischen Mai 2010 und Mai 2011 wurden die Gehälter im öffentlichen Dienst und weitergefassten öffentlichen Sektor bereits um 15 Prozent beziehungsweise 30 Prozent gekürzt. Dennoch wird für 2012 eine weitere Lohn- und Gehaltssenkung um 7,6 Prozent gegenüber 2011 erwartet.

In der Tat wird das letzte Sparpaket<sup>5</sup> – das vom griechischen Parlament am 12. Februar 2012 unter großem Druck der Troika verabschiedet wurde, um die Beteiligung des Privatsektors am Schuldenschnitt zu sichern – einen sehr abträglichen Effekt auf die privaten Haushalte haben. Diese bisher rigorosesten Sparmaßnahmen ergänzen die bereits bestehenden Maßnahmen. Der nationale Mindestlohn, die letzte schützende Schwelle für Arbeitnehmer im Niedriglohnbereich, wird um 22 Prozent gekürzt, für junge Arbeitnehmer sogar um 32 Prozent, was den Bruttomonatslohn auf eine Summe von 585 beziehungsweise 490 Euro reduziert. Auch die Arbeitslosenunterstützung wird von 461 auf 358 Euro gekürzt. Gleichzeitig wird die Aufhebung des arbeitsrechtlichen Schutzprinzips der Nachwirkung von Branchentarifverträgen die Löhne um 40 Prozent kürzen, da sich die Gehälter in den Einzelverträgen nach dem Auslaufen der Tarifverträge automatisch wieder am Grundgehalt respektive untersten Lohnniveau orientieren. Für neue in den Arbeitsmarkt eintretende Arbeitnehmer bedeutet dies, dass sie bei Arbeitsaufnahme als gering qualifiziert oder unqualifiziert eingestuft werden.

Die Abwärtsspirale der Löhne wird sich noch beschleunigen, da Zulagen im Zusammenhang mit Arbeitsbe-

5. Gesetz 4046/2012 (FEK A'28/14-2-2012).



dingungen, Qualifikationen und Dienstjahren sowie alle automatischen Lohnerhöhungen ausgesetzt beziehungsweise eingefroren werden müssen. Diese drastischen Lohnkürzungen werden sich nachteilig auf die Sozialversicherungen und Rentenkassen auswirken, die sowieso schon mit Kosten von 4,2 Milliarden Euro an Beiträgen für Griechenlands größten Sozialversicherungsträger (IKA) belastet sind, während aufgrund der Krise das jährliche Minus an Sozialversicherungsbeiträgen etwa 6,7 Milliarden Euro beträgt (Griechisches Parlament 2012). Hinzu kommt, dass die Zahl von über einer Million Arbeitslosen und der sich fortsetzende Trend der steigenden Arbeitslosigkeit die Schwierigkeiten der Sozialversicherungen noch verschärfen werden.

Auch alle schon einmal gekürzten Renten im öffentlichen und privaten Sektor werden mindestens um weitere zehn bis zwölf Prozent gesenkt.<sup>6</sup> Sozialleistungen und Wohlfahrtsausgaben werden nochmals um 50 Prozent gekürzt. Mit anderen Bestimmungen werden die bereits auf den griechischen Haushalten lastenden Steuern erhöht und neue Abgaben aufgelegt. Direkte Steuern, die nicht an die Zahlungsfähigkeit der Steuerzahler geknüpft sind, mindern zusammen mit verschiedenen indirekten Steuern und Abgaben die sowieso schon dezimierten Haushaltseinkünfte noch weiter. Steuern werden häufig rückwirkend festgesetzt und die Nichtzahlung wird mit dem Entzug wichtiger öffentlicher Güter wie beispielsweise der Stromlieferung bestraft: Der staatliche Stromversorger DEI wird als Vollzugsbehörde für die Eintreibung einer umstrittenen Immobiliensteuer eingesetzt.

Gleichzeitig heizen steigende indirekte Steuern die Inflation weiter an, die 2010 um 3,4 Prozentpunkte anstieg, und schmälern noch weiter die Kaufkraft von Löhnen und Renten (INE/GSEE 2011). Die Bürger müssen auch mit den nach wie vor stark ansteigenden Lebenshaltungskosten fertig werden. Der Verbraucherpreisindex stieg im Januar 2012 um 2,3 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat mit einer jährlichen Veränderungsrate von 5,2 Prozent (EL.STAT 2012b). Zum einen steigen die Preise für öffentliche Güter und Dienstleistungen wie Energie und zum anderen sind auch die Kosten von Grundkonsumgütern im europäischen Vergleich sehr hoch, wie aus einer kürzlich durchgeführten Studie des Ministeriums für Entwicklung, Wettbewerbsfähigkeit und Schifffahrt hervorgeht, in der die Preise von Grundkonsumgütern mit denen in

Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien, Spanien und Bulgarien verglichen wurden. Die griechischen Mehrwertsteuersätze von 23 Prozent und 13 Prozent für einige Waren gehören zu den höchsten innerhalb der EU.

#### 4.2.2 Armut und soziale Ausgrenzung

In der gegenwärtigen Situation nehmen die bestehenden Ungleichheiten zu und geben Anlass zu ernsthaften Sorgen in Bezug auf Armut und die Verelendung von Haushalten. Von Eurostat für 2010 veröffentlichten Daten zufolge leben fast 28 Prozent (3 031 000) der Griechen in Armut und sozialer Ausgrenzung (Eurostat 2012). Nach Altersgruppen aufgeschlüsselt leben 28,7 Prozent der Kinder unter 17 Jahren, 27,7 Prozent der 18- bis 64-Jährigen und 26,7 der über 65-Jährigen an der Armutsgrenze. Diese Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2010. Da sich aber die Wirtschaftskrise seitdem verschärft hat, hat sich die Zahl der als arm einzustufenden Griechen vermutlich im Jahr 2011 noch erhöht.

Aus jüngeren Untersuchungen in Griechenland geht hervor, welche Auswirkungen die Steuererhöhungen zusammen mit den Lohnkürzungen im öffentlichen Sektor und den Einkommensbeschränkungen im Privatsektor auf die Armutsraten und das Ausmaß der sozialen Ungleichheit haben: Im Jahr 2010 wurden fünf Prozent der Bevölkerung aufgrund sinkender Löhne unter die für 2009 festgelegte Armutsgrenze gedrückt, zusätzlich zu den 20 Prozent der Griechen, die bereits als arm eingestuft wurden (Matsaganis und Leventi 2011). Verschuldete Haushalte sind von der Insolvenz bedroht, wobei die Unfähigkeit, Kredite zurückzuzahlen, bei vielen von ihnen dazu führen kann, ihr Wohneigentum zu verlieren.

Da die Wirtschaftskrise immer weiter um sich greift, weitet sich die Armut auch in der bisherigen griechischen Mittelschicht aus. Zudem nehmen neben der Armut auch Obdachlosigkeit und Kriminalität schnell zu. Es liegen zwar noch nicht viele verlässliche Schätzungen und wissenschaftliche Forschungsergebnisse zu den »neuen Armen« vor, aber die Angaben von nichtstaatlichen Institutionen und Hilfsorganisationen, Gemeinden, Schulen und Kirchen sind besorgniserregend (Korge/Batzoglou 2012). Bezirksbehörden in Athen räumen ein, dass die soziale städtische Infrastruktur in den letzten Monaten ausgebaut werden musste, um Not leidenden Bürgern helfen zu können (Fotiadis 2012). Zum ersten Mal seit

6. Gesetz 4046/2012 (FEK A'28/14-2-2012).

dem Zweiten Weltkrieg sah sich das Bildungsministerium genötigt, aufgrund der schlechten Ernährung von Schulkindern in 18 Schulen der Region Attikas – eine von der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit am härtesten betroffene Gegend – mit einem Pilotprojekt die Ausgabe von kostenlosen Essensgutscheinen in die Wege zu leiten. Da der Bildungsetat um 60 Prozent gekürzt wurde, ist das Projekt auf die Zusammenarbeit mit der Kirche, den Gemeindeverwaltungen und privaten Unternehmen angewiesen.

Zu einer Zeit, wo er am nötigsten gebraucht wird, wird der soziale Schutz infolge der drastischen Kürzungen aller Wohlfahrtsausgaben verringert und die Qualität der sozialen Leistungen stetig ausgehöhlt. Auch der Zugang zu wichtigen sozialen Diensten und öffentlichen Gütern wurde stark in Mitleidenschaft gezogen. Es ist bemerkenswert, dass das weitreichende wirtschaftliche Anpassungsprogramm tatsächlich kein Gegengewicht gegen den Abbau des sozialen Schutzes in Form von speziellen Maßnahmen enthält, die besonders gefährdeten Gruppen dabei helfen würden, die kombinierten Auswirkungen von Sparkurs und Krise zu bewältigen. Im Gegenteil müssen auf ausdrückliche Forderung der Troika selbst der Träger für den sozialen Wohnungsbau für Arbeiter (OEK) und die griechische Arbeiterwohlfahrtsorganisation (OEE) schließen und ihre Mitarbeiter entlassen.<sup>7</sup> Neben anderen unnötigen und schmerzhaften Kürzungen löst diese Auflage besondere Empörung aus, weil beide Organisationen unverzichtbare soziale Leistungen für Arbeitnehmer mit niedrigen Löhnen bereitstellen und den Staatshaushalt überhaupt nicht belasten, da sie sich durch Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge finanzieren.

Das rasante Absinken des durchschnittlichen Lebensstandards von 2010 bis 2011 und die daraus folgende Gefahr der sozialen Ausgrenzung werden derzeit nicht von Aussichten auf eine Verbesserung und einen Aufschwung begleitet. Aus einem sozialen Blickwinkel hat Griechenland einen langen Zeitraum vor sich, in dem sich der Lebensstandard der Mittelschicht zunehmend verschlechtert wird und ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung von sozialer Ausgrenzung bedroht ist (INE/GSEE 2011).

7. Gesetz 4046/2011 (FEK A'28/14-2-2012) über die Abschaffung der Arbeiterwohlfahrtsorganisation (OEE) und des Trägers des sozialen Wohnungsbaus für Arbeiter (OEK) im Unterabschnitt »Anpassung von Lohnnebenkosten«.

### 4.3 Institutionelle Entmachtung: Angriff auf arbeitsrechtliche Institutionen

Die auf ausdrückliches Verlangen der Gläubiger Griechenlands durchgeführten weitreichenden »Reformen« des Arbeitsmarktes verstärken die ohnehin schon bestehenden Probleme und schaffen besonders widrige Umstände für die Gewerkschaften. Mit immer wieder neuen Gesetzen zur »Reform« des Arbeitsmarktes wurden dauerhafte, unangemessene, unverhältnismäßige und sozial ungerechte Maßnahmen eingeführt, die ein funktionierendes System von Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen unwiderruflich demontieren. Das System diene den Sozialpartnern jahrzehntelang dazu, durch Tarifverträge und freie Tarifverhandlungen für Mindeststandards bei den Arbeitsbedingungen für alle Arbeitnehmer zu sorgen. Mit den neuen Gesetzen wird den Arbeitnehmern der Zugang zu effektiven und soliden arbeitsrechtlichen Institutionen zu einer Zeit ernsthaft erschwert, in der sie diese am nötigsten brauchen.

Resultat des unerbittlichen Drucks der Troika seit Mai 2010 sind Hunderte auf mehrere Gesetze verteilte Rechtsvorschriften, mit denen wichtige arbeitsrechtliche Institutionen abgeschafft werden. Hauptstoßrichtung dieser Gesetze ist die Einschränkung oder Abschaffung von Tarifverträgen in bestimmten Sektoren sowie die Verhinderung von freien Tarifverhandlungen. Gesetzliche Beschränkungen für Tarifabkommen beeinträchtigen die Festlegung von Löhnen und Arbeitsbedingungen durch freie Tarifverhandlungen. Die gesetzliche Einführung von unter dem Mindestlohn liegenden Gehältern für besonders gefährdete Gruppen wie Jugendliche und Langzeitarbeitslose war bereits eine Verletzung des sogenannten Nationalen Allgemeinen Tarifabkommens (NGCLA), mit dem der nationale Mindestlohn und ein Minimumstandard an Arbeitsbedingungen festgesetzt worden waren. Das kürzlich verabschiedete Gesetz 4046/2012 versetzte jedoch mit der Abschaffung des Mindestlohns und des Prinzips der Nachwirkung von ausgelaufenen Branchentarifverträgen (siehe auch 4.2.1) den mit der NGCLA ausgehandelten arbeitsrechtlichen Errungenschaften den Todesstoß.

Die gesetzlichen Bestimmungen bedeuten unter anderem eine Verkehrung der Hierarchie bei Tarifvereinbarungen, weil sie Ausnahmeregelungen zulassen, und reduzieren die Vergütung für Überstunden, was eine Verletzung der Manteltarife darstellt. Entlassungen wurden vereinfacht

und für Arbeitgeber billiger gemacht, indem sowohl die Schwelle für Massenentlassungen aufgehoben als auch die Abfindungszahlungen und Kündigungsschutzfristen gekürzt wurden.

Mit anderen kürzlich verabschiedeten Bestimmungen (Gesetz 4024/2011) wurden das arbeitsrechtlich schützende Günstigkeitsprinzip und auch der Vorrang von Vereinbarungen auf betrieblicher Ebene vor Branchentarifvereinbarungen aufgegeben. Darüber hinaus wurde mit diesem Gesetz das Prinzip des erweiterten Geltungsbereichs von Tarifvereinbarungen und im Grunde das Tarifabkommen überhaupt abgeschafft, indem für alle öffentlichen Versorgungsunternehmen eine einheitliche Lohn- und Gehaltstabelle eingeführt wurde. Mit einer anderen äußerst umstrittenen Maßnahme wurde das System einer »Arbeitskraftreserve« geschaffen, um Massenentlassungen von Tausenden von Arbeitnehmern aus dem öffentlichen Dienst und dem weitergefassten öffentlichen Sektor zu ermöglichen.

Weitere Vorschriften (Gesetz 4024/2011) stehen im offenen Widerspruch zur Struktur und Arbeitsweise von Gewerkschaften sowie dem Recht der Arbeitnehmer auf kollektive Repräsentation durch frei und demokratisch gewählte Personen. Diese essenziell anti-gewerkschaftliche Gesetzgebung erweitert das Recht der Aushandlung und des Abschlusses von Vereinbarungen auf Unternehmensebene durch obskure, nicht gewählte »Assoziationen von Personen«, was eine absolute Untergrabung der kollektiven Repräsentation darstellt. Arbeitgeber mit zehn bis 40 Beschäftigten haben fortan das Recht, eine »Assoziation von Personen« einzurichten und ein verbindliches Arbeitsabkommen zu unterzeichnen. Sie können einseitig oder einvernehmlich Vollzeit- oder Teilzeit- oder reduzierte stundenbasierte Arbeitsverträge umwandeln – die übelste Form flexibler Beschäftigung.

Den Arbeitern wird selbst das Recht zur Anrufung von Schlichtungs- und Vermittlungsinstanzen entzogen. Die Zuständigkeit der griechischen Schlichtungsstelle OMED wurde auf die Regelung von Lohn- und Gehaltsstreitigkeiten beschränkt. Zudem haben die Arbeitnehmer kein eigenständiges Recht auf Anrufung der OMED. Seit Februar 2012 ist dazu die Zustimmung des Arbeitgebers erforderlich.

Die Schwächung der arbeitsrechtlichen Institutionen durch die Gesetzgebung führt zu tiefgreifender Ungewissheit und Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt. Mit der schweren Rezession und hohen Arbeitslosigkeit sind die Arbeitssuchenden gefährdeter und leichter geneigt, Arbeitsplätze zu akzeptieren, die nicht einmal den Mindeststandards entsprechen, und/oder sich auf extrem flexible Beschäftigungsverhältnisse einzulassen. Die von der griechischen staatlichen Gewerbeaufsicht vorgelegten Daten (SEPE 2011) offenbaren den beunruhigenden Trend zu prekären Arbeitsverhältnissen, der sich 2011 auf dem Arbeitsmarkt breitmachte und zu einem Absinken der Löhne um 38 Prozent führte. Insbesondere ist ein schwindelerregender Anstieg von 4000 Prozent, 40 Mal höher als 2010, bei den von den Arbeitgebern einseitig eingeführten Stundenarbeitsverträgen zu verzeichnen.

Die Institution des sozialen Dialogs wurde in dieser Krise schwer angeschlagen. Ihr Potenzial der Konsensbildung wird zu einer Zeit ignoriert, in der es am dringendsten gebraucht wird. Ungeachtet ihrer Härte, ihres Geltungsbereichs und ihrer Auswirkungen wurden all diese Maßnahmen ohne jegliche sinnvolle vorhergehende Beratung mit den Sozialpartnern in die griechische Gesetzgebung aufgenommen. Einzelne Verweise auf einen sozialen Dialog und Beratungen in anschließenden Memoranden sind vorgeschoben und heuchlerisch: Die Maßgaben der Troika sind explizit und stehen vorab fest und die Verpflichtungen der griechischen Regierung sind verbindlich. Erwartungsgemäß erfolgte dann die Kürzung des Mindestlohns auch gegen den gemeinsamen Willen der Sozialpartner<sup>8</sup>, die sich einig waren, das Allgemeine Nationale Tarifabkommen zu respektieren und die Regelung der Nachwirkung kollektiver Tarifverträge zu bewahren. Statt auf tatsächlichen Daten und Erfahrungen beruhende Maßnahmen einzuführen, wird Griechenland die mechanistische Umsetzung eines Modells als Heilmittel verabreicht, das ständig an seinen eigenen Zielen scheitert und eine weitreichende Opposition vonseiten der Bürger hervorruft.

Diese düstere Aneinanderreihung staatlicher Eingriffe in die Industriellen Beziehungen ist noch nicht vollständig. Sie veranschaulicht jedoch die schädlichen und dauerhaften Auswirkungen des wirtschaftlichen Anpassungsprogramms, das unter dem Vorwand, die Wettbewerbs-

8. Brief der drei Arbeitgeberverbände und der GSEE an Ministerpräsident Loukas Papademos (3.2.2012, Athen).

fähigkeit Griechenlands zu stärken, eingeführt wurde, das Land aber stattdessen nachweislich in eine tiefe Rezession gestürzt, dabei den Rahmen seiner institutionellen Arbeitsbeziehungen zerstört und das soziale Gefüge zersetzt hat.

Eine vollständige Aufzählung der Maßnahmen und ihrer Auswirkungen hat die GSEE in mehreren Texten den zuständigen Stellen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) vorgelegt, da einige der Maßnahmen gegen Kernarbeitsnormen der ILO verstoßen, die auch von Griechenland unterzeichnet wurden. Darunter befinden sich das Übereinkommen 87 über Vereinigungsfreiheit, das Abkommen 98 über Vereinigungsrecht und Recht zu Kollektivverhandlungen und schließlich das Abkommen 154 über die Förderung von Kollektivverhandlungen.

## 5. Gegen den Strom: Herausforderungen für die Gewerkschaften

Dieser düstere Überblick ist zwar nicht vollständig, macht die schädlichen Nebeneffekte der Krise auf Arbeiter und Gewerkschaften jedoch zur Genüge deutlich. Auf dem griechischen Arbeitsmarkt wurden unbestreitbar beispiellose Veränderungen auf eine Art und Weise eingeführt, die von der griechischen Realität entkoppelt scheinen und deshalb unter anderem die Auswirkungen und realen Effekte von tatsächlich notwendigen Reformen schmälern (ILO 2011). Die Folgen für die Gewerkschaften sind schwerwiegend, weil jene Veränderungen ihre institutionelle Rolle und ihren Status auf allen Ebenen schwächen, indem sie ihre Verhandlungsmacht sowie die grundlegenden institutionellen Instrumente und Schutzmaßnahmen einschränken. Sie unterminieren die Arbeit der Gewerkschaftsorganisationen und greifen die Kohärenz der kollektiven Repräsentation an. Außerdem stehen die Arbeitnehmer und Gewerkschaften auf einem fragmentierten und von prekären und flexiblen Beschäftigungsverhältnissen geprägten Arbeitsmarkt im ungleichen Kampf gegen Arbeitgeber, deren Rechte übermäßig gestärkt wurden. Daraus erwachsen ernsthafte Herausforderungen für die Gewerkschaften, die ihrer umfassenden Entmachtung entgegenwirken und sich gleichzeitig für den Schutz der Arbeitnehmerrechte vor den kombinierten wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Krise und des Sparkurses einsetzen müssen.

Seit Beginn der Krise standen die griechischen Gewerkschaften unter zunehmenden Schwierigkeiten immer an vorderster Front des Kampfes zum Schutz der Rechte und Einkommen der Arbeitnehmer sowie der arbeitsrechtlichen Institutionen. Da unter dem erstickenden Druck der Troika langfristige soziale Rückschritte drohen und sich ein Bankrottszenario andeutet, haben die Gewerkschaften eine Reihe von Generalstreiks ausgerufen, um Widerstand gegen die harte Sparpolitik und den Abbau der arbeitsrechtlichen Institutionen zu leisten. Die GSEE war bemüht, den sozialen Dialog und die Institution der Sozialpartnerschaft aufrechtzuerhalten, indem sie den Dialog mit den Arbeitgeberverbänden weiterführte und mit ihnen im Jahr 2010 allen Widrigkeiten zum Trotz ein für zwei Jahre geltendes Allgemeines Nationales Tarifabkommen abschloss. Die griechischen Gewerkschaften sind aktiv an Anti-Krisen-Debatten und Aktionen auf europäischer und internationaler Ebene beteiligt und haben beeindruckende Unterstützung und Solidaritätsbekundungen erhalten. Sie sind sich der kritischen Lage des Landes voll bewusst, räumen aber bei der Bewältigung der Krise der sozialen Gerechtigkeit nach wie vor den höchsten Stellenwert ein und vertreten die Ansicht, dass diese Krise es nicht rechtfertigt, Institutionen und Arbeitnehmern, die keinerlei Schuld an der Krise und den fortbestehenden politischen Schwächen des Landes tragen, solch unwiderruflichen Schaden zuzufügen. Die Arbeitnehmer haben bereits sehr große Opfer gebracht und nun einen Anspruch darauf, dass die Belastungen gleich und gerecht aufgeteilt werden und dass ihre Opfer zu Lösungen führen und nicht zu einer weiteren Abwärtsbewegung der Spirale.

Statt der sinnlosen drastischen Sparpolitik, die das Land und seine Menschen lähmt, sind wirtschaftlich tragfähige und sozial akzeptable Programme nötig. Das setzt einen Maßnahmencocktail voraus, der auf Investitionen, Wachstum und Beschäftigung sowie einer sozial gerechten Lastenaufteilung gründet. Der Wiederaufbau der griechischen Wirtschaft sollte Priorität haben vor der Befriedigung der FinanzspekulantInnen mit ihren hochriskanten Kreditgeschäften. Auf der Suche nach sozial akzeptablen Lösungen muss dringend Raum für den sozialen Dialog geschaffen werden.

## 6. Schlussbemerkung

Griechenland musste in einem beispiellos knappen Zeitrahmen und einem sehr schwierigen internationalen Kontext finanzielle und strukturelle Anpassungsmaßnahmen in einem noch nie da gewesenen Umfang umsetzen. Wie in diesem Artikel aufgezeigt, waren die Auswirkungen dieses Prozesses äußerst abträglich für die Wirtschaft und hatten auf alle mit Beschäftigung zusammenhängenden Themen und auf die soziale Lage des Landes ausgesprochen negative Auswirkungen. Die soziale Kohäsion ist einer großen Belastungsprobe ausgesetzt. Weit davon entfernt, Problemen wirklich entgegenzuwirken, drängen die unerbittlich im Namen von Wettbewerbsfähigkeit und Haushaltskonsolidierung geforderten Anpassungsmaßnahmen Griechenland immer schneller in Richtung eines wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruchs.

Die regelmäßigen Überprüfungen durch IWF und Europäische Kommission sind detaillierter Beleg für das völlige Scheitern des Anpassungsprogramms bei allen Zielvorgaben und Richtwerten. Die Schuld wird vage auf Faktoren wie »institutionellen Widerstand« und »Reformmüdigkeit« in Griechenland geschoben, ohne je eine kritische Hinterfragung der Philosophie und Gestaltung des Programms in Erwägung zu ziehen. Darüber hinaus wird eine andere Strategie zur Krisenbewältigung von vornherein ausgeschlossen, was die Frage aufwirft, warum so dogmatisch an einem Maßnahmencocktail festgehalten wird, der nachweislich in jeder Hinsicht gescheitert ist und dazu noch so viel wirtschaftliches Elend und menschliches Leid verursacht.

Was den fortgesetzten Niedergang von Arbeitnehmerrechten angeht, scheint Griechenland als ein Versuchslabor zur Ausrottung arbeitsrechtlicher Institutionen benutzt zu werden. Während die fortwährende Bestrafung griechischer Arbeitnehmer in anderen EU-Ländern ein Exempel statuieren soll, wird in ganz Europa eine Abwärts Spirale in Gang gesetzt, um das europäische Sozialmodell und die damit verbundenen Institutionen rückgängig zu machen. Das Projekt der wirtschaftlichen Steuerung und Stabilität führt bei der EU zu der allgemeinen Anwendung eines Heilmittels mit verheerenden Nebenwirkungen, das zuerst an Griechenland erprobt wird: Steuerung durch eine drastische Sparpolitik und eine Rezession, in der die Löhne und die sozialen Errungenschaften als Hauptinstrumente der Anpassung erhalten müssen,

wobei die Faktoren, die überhaupt zu der Krise führten, vollkommen außer Acht gelassen werden.

Ziel dieser Rettungsmaßnahmen ist nicht die Rettung Griechenlands, sondern die Bewahrung der Banken vor den Auswirkungen ihrer eigenen unverantwortlichen Kreditpraktiken. Die griechische Krise ist mit Sicherheit auch auf innenpolitische Schwächen Griechenlands zurückzuführen, unkontrollierbar wurde sie jedoch erst aufgrund der destruktiven Neigung des Finanzkapitals zur Profitmaximierung durch das Wetten auf Staatsschulden und die Unfähigkeit der EU, darauf eine schlüssige Antwort zu finden.

Letztendlich müssen wir uns mit einem durch und durch mangelhaften System auseinandersetzen: dem neuen Finanzkapitalismus. In diesem überaus kritischen Wendepunkt seiner Nachkriegsgeschichte muss Europa den Übeln der Finanzspekulationen wirksam entgegenwirken. Die Zukunft und die Stabilität der Eurozone dürfen nicht den deregulierten Finanzmärkten überlassen werden.

- Bordo, M. und Schwartz, A.** (2000): Measuring real economic effects of bailouts: historical perspectives on how countries in financial distress have fared with and without bailouts. *Carnegie-Rochester Conference Series on Public Policy*, Jg. 53, Heft 1, Dezember 2000: 81–167; <http://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0167223101000288> (aufgerufen am 29.2.2012).
- Easterly, W.** (2002): What did Structural Adjustment Adjust? The Association of Policies and Growth with Repeated IMF and World Bank Adjustment Loans. Working Papers 11. Center for Global Development.
- EEAG** (2011): The EEAG Report on the European Economy, »Greece«. In: *CESifo*, München: 97–125.
- EL.STAT** (2012a) (Griechisches Statistisches Amt): Umsatzindex im Einzelhandel, November 2011 (veröffentlicht am 31.01.2012).
- EL.STAT** (2012b) (Griechisches Statistisches Amt): Industrieproduktionsindex, Dezember 2011 (veröffentlicht am 09.02.2012).
- EL.STAT** (2012c) (Griechisches Statistisches Amt): Vierteljährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, 4. Quartal 2011 (veröffentlicht am 14.2.2012).
- Europäische Kommission KOM** (2011): 705 endgültig. Brüssel, 26.10.2011: 5.
- Europäische Kommission** (2010): The Economic Adjustment Programme for Greece. *European Economy. Occasional Papers 61*: Brüssel.
- Europäische Kommission** (2011): The Economic Adjustment Programme for Greece. Fourth Review. *European Economy. Occasional Papers 82*. Spring.
- Eurostat** (2012): Armutsgefährdung und soziale Ausgrenzung in der EU27. Pressemitteilung vom 8.2.2012; [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY\\_PUBLIC/3-08022012-AP/DE/3-08022012-AP-DE.PDF](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-08022012-AP/DE/3-08022012-AP-DE.PDF) (aufgerufen am 29.2.2012).
- Featherstone, K.** (2011): The JCMS Annual Lecture: The Greek Sovereign Debt Crisis and EMU: A Failing State in a Skewed Regime. *JCMS: Journal of Common Market Studies* 49: 193–217.
- Fotiadis, A.** (2012): Greeks Discover the Politics of Poverty. In: *IPSNEWS.net* (21.2.2012); <http://ipsnews.net/newsTVE.asp?idnews=106789> (aufgerufen am 29.2.2012).
- Griechisches Parlament – Ständiger Ausschuss für soziale Angelegenheiten** (2012): Unterrichtung durch den Minister für Arbeit und soziale Sicherheit George Koutroumanis am 1.1.2012; <http://www.hellenicparliament.gr/Vouli-ton-Ellinon/ToKtirio/Fotografiko-Archeio/#fb22a027-3c1e-4bad-b19f-7999077ecc25> (aufgerufen am 29.2.2012).
- ILO – Internationale Arbeitsorganisation** (2011): Report on the High Level Mission to Greece. Athen, 19.–23. September.
- INE/GSEE – Labour Institute of the Greek General Confederation of Labour** (2011): Annual Report on Greek Economy and Employment (September): Athen.
- IWF** (2011): Greece: Fifth Review under the Stand-By Arrangement IMF Country Report No. 11/351, Dezember.
- Korge, J. und Batzoglou, F.** (2012): Elend in Griechenland: Athens neue Arme kommen aus der Mittelschicht. In: *SPIEGELOnline* (9.2.2012); <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,814383,00.html> (aufgerufen am 29.2.2012).
- Matsaganis, M. und Leventi, Ch.** (2011): The distributional impact of the crisis in Greece No 1124, DEOS Working Papers, Athens University of Economics and Business.
- Mitsopoulos, M. und Pelagidis T.** (2006): Analysis of the Greek Economy: Rent- Seeking and the Reforms [Ανάλυση της Ελληνικής Οικονομίας: Η προσοδοθηρία και οι μεταρρυθμίσεις] Papazisis: Athen.
- (2010): Explaining the Greek Crisis: From Boom to Bust. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Przeworski, A. und Vreeland, J. R.** (2000): The Effect of IMF Programs on Economic Growth. *Journal of Development Economics* 62: 85–421.
- Reuters** (2012): Analysis. Greece heads for record books as economy slumps. In: *Reuters* (15.2.2012); <http://www.reuters.com/article/2012/02/15/us-economy-greece-comparisons-idUSTRE81E09W20120215> (aufgerufen am 29.2.2012).
- Roubini, N.** (2011): Four Options to Address the Eurozone’s Stock and Flow Imbalances: The Rising Risk of a Disorderly Break-Up, RGE; <http://www.roubini.com/analysis/165338> (aufgerufen am 29.2.2012).
- SBA** (2011): Fact Sheet Greece 2010/2011. European Commission. DG Enterprise and Industry, April: 56–61.
- SEPE – Staatliche Gewerbeaufsichtsbehörde** (2011): Pressemitteilung zur Entwicklung bei den Beschäftigungsverhältnissen in den ersten neun Monaten 2011.
- Stiglitz, J.** (2000): »What I Learned at the World Economic Crisis«. In: *New Republic*. (17.4.2000): 12–17.
- (2002): *Globalization and Its Discontents*. W.W. Norton & Company: New York.



### Über die Autorin

**Zoe Lanara** leitet die Abteilung Internationale Beziehungen des griechischen Gewerkschaftsbundes GSEE.

### Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Internationale Politikanalyse | Abteilung Internationaler Dialog  
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:  
Dr. Gero Maaß, Leiter Internationale Politikanalyse

Tel.: ++49-30-269-35-7745 | Fax: ++49-30-269-35-9248  
[www.fes.de/ipa](http://www.fes.de/ipa)

Bestellungen/Kontakt hier:  
[info.ipa@fes.de](mailto:info.ipa@fes.de)

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN: 978-3-86498-105-0